

Knapp, Horst

Article

Weg: österreichisch - rote Markierung: blaß

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Knapp, Horst (1980) : Weg: österreichisch - rote Markierung: blaß, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 6, Iss. 2, pp. 145-157

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332033>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Weg: österreichisch – rote Markierung: blaß

Horst Knapp

I.

Die Einladung, die österreichische Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre nach Sozialismus-Symptomen abzuklopfen, bringt den ideologisch nicht fixierten Nationalökonomien in multiple Verlegenheit.

Erstens enthält Wirtschaftspolitik – auch bei einer Begrenzung des Diagnosefeldes auf Konjunktur- und Stabilitätspolitik als immerhin Kernbereiche aller Wirtschaftspolitik – das Suffix „-politik“, und Zensuren für die Politik zu vergeben obliegt in der Demokratie nicht irgendwelchen Experten, sondern den Wählern. Deren Beurteilung (natürlich nicht nur, aber sicher auch) der Wirtschaftspolitik ist von Wahlgang zu Wahlgang positiver ausgefallen. Will der Nationalökonom nicht in die höchst undemokratische Position dessen geraten, der vom hohen Katheder herab die ganze (oder wenigstens reichlich die halbe) Nation schulmeister, müßte er nachweisen, daß das positive Urteil der Wähler mit einer bewußt popul[ar]istischen Wirtschaftspolitik quasi „erschwindelt“ worden sei; dieser Nachweis wäre wohl nur zu erbringen, wenn nicht bloß behauptet, sondern zwingend bewiesen werden könnte, daß die Wirtschaftspolitik mit der – stimmenträchtigen – Lösung von Gegenwartsproblemen unlösbare Zukunftsprobleme geschaffen hat.

Zum zweiten betreibt man in der Praxis Wirtschaftspolitik weder mit dem Katechismus noch mit dem „Kapital“, sondern mit Instrumenten, die in aller Regel eher nach dem Effizienz- als nach irgendeinem Ideologiekriterium selektiert und dosiert werden. Das mag in Bereichen, die nicht Gegenstand dieser Untersuchung sind – insbesondere in der Verteilungspolitik und in der Strukturpolitik (mit dem auch ideologischen Antagonismus zwischen generell wirkenden und gezielt

eingesetzten Investitionsförderungen usw.) –, etwas anders sein. Was jedoch im besonderen die Konjunktur- und die Stabilitätspolitik betrifft, ist das Instrumentarium weitgehend „ideologieindifferent“.

Wenn es hier Unterschiede gibt, so noch eher solche nach der *nationalökonomischen Denkrichtung*, an der sich die Wirtschaftspolitik orientiert, als nach der *Couleur* der Regierung, die diese Wirtschaftspolitik betreibt; im Extrem kann eine keynesianisch agierende „bürgerliche“ Wirtschaftspolitik (z. B. die österreichische im Jahre 1967) progressiver sein als eine neoklassisch orientierte sozialdemokratische (z. B. die bundesdeutsche nach 1975).

Selbst hinsichtlich der *Ziele*, die mit dem jeweiligen „policy-mix“ von wirtschaftspolitischen Instrumenten angestrebt werden, fällt es dem unvoreingenommenen Beobachter schwer, zwischen einer eindeutig „sozialistischen“ und einer ebenso unverwechselbaren „konservativen“ Prioritätenskala zu unterscheiden, zumal da sich selbst der Generalverdacht, daß eine sozialistische Regierung im Zweifel der *Vollbeschäftigung* den Vorrang vor der Geldwertstabilität einräumen und nur eine nichtsozialistische Regierung die Inflationsbekämpfung selbst um den Preis einer wachsenden Arbeitslosigkeit forcieren wird, zumindest dann nicht bestätigt, wenn die Wiederherstellung des *außenwirtschaftlichen Gleichgewichts* die Zahl der wirtschaftspolitischen Freiheitsgrade drastisch vermindert.

In Anbetracht der vorstehenden Überlegungen wäre es daher keineswegs ein Vorwurf an die Adresse der sozialistischen Alleinregierung, wenn diese Untersuchung zu dem Ergebnis gelangen sollte, daß sich, zumindest im *Diagnosebereich Konjunktur- und Stabilitätspolitik*, zwar der „österreichische Weg“ markant abhebt von der in vielen anderen westlichen Industrieländern betriebenen Wirtschaftspolitik, daß sich jedoch die sozialistische Dekade seit 1970 wirtschaftspolitisch nicht ebenso markant abhebt von der vorangegangenen Zeit einer bürgerlichen Allein- und vorher einer Koalitionsregierung (in der die wirtschaftspolitischen Schlüsselstellungen – Bundeskanzler und Finanzminister – von der ÖVP gehalten worden waren).

Die dritte Verlegenheit, in die ein sozusagen zur Benotung der konjunktur- und stabilitätspolitischen „performance“ im abgelaufenen Jahrzehnt aufgeforderter Unparteiischer versetzt wird, resultiert aus der Schwierigkeit, objektive Beurteilungskriterien zu finden, denn sowohl der Vergleich mit früheren Perioden wie jener mit anderen Ländern ist dem berechtigten Einwand ausgesetzt, daß es zwei genau gleiche Ausgangssituationen nie gibt, so daß auch keine objektive Aussage darüber zulässig ist, in welchem Ausmaß Erfolg oder Mißerfolg der jeweiligen Wirtschaftspolitik und in welchem sie der jeweiligen Gunst oder Ungunst der sozioökonomischen Verhältnisse zuzuschreiben sind.

Als besondere Variante dieses Zurechnungsproblems kommt im Falle Österreichs hinzu, daß sich die Institution der Sozialpartnerschaft als eine Art Konstante ausgewirkt hat. Angesichts der – international gesehen – überproportional großen Rolle, die in Österreich die *Einkom-*

menpolitik spielt, müßte von Fall zu Fall entschieden werden, welchen Beitrag zu einer bestimmten Entwicklung die Wirtschaftspolitik der jeweiligen Regierung bzw. Parlamentsmehrheit und welchen autonom die „Ersatzkoalition“ der Wirtschafts- und Sozialpartner geleistet hat.

II.

Mit diesen Vorbehalten sei einleitend der Versuch unternommen, die „performance“ der Konjunktur- und Stabilitätspolitik in den Jahren 1970 bis 1979 mit jener im vorangegangenen Dezennium 1960 bis 1969 zu vergleichen, selbst wenn das eine höchst willkürliche Periodisierung ist, weil sich die Konjunkturzyklen nicht an „runden“ Jahreszahlen orientieren. (Bloß statistische Gründe hat hingegen die Zuordnung bereits des – durch ein noch von der ÖVP-Alleinregierung ausgearbeitetes Budget präformierten – Jahres 1970 zur „sozialistischen Dekade“: Der sinnvollere Vergleich der Periode 1971 bis 1980 mit dem vorangegangenen Zehnjahreszeitraum müßte unsichere Prognosedaten mit einbeziehen.)

Nur in allererster Annäherung kann dieser Vergleich in der simplen Gegenüberstellung von Wachstums-, Inflations- und Arbeitslosenraten bestehen, weil es ja ebenso sehr auf das weltwirtschaftliche Umfeld ankommt. Wird von diesem vorderhand abstrahiert, lassen sich folgende Kennzahlen errechnen:

	1959/69	1969/79
Reale Wachstumsrate des BIP	4,87 %	4,29 % ^{a)}
Inflationsrate: BIP-Deflator	3,59 %	6,02 % ^{a)}
VPI	3,33 %	6,09 %
Arbeitslosenrate: Durchschnitt	2,85 %	1,94 %
Trend ^{b)}	– 0,056	– 0,015

^{a)} Wert für 1979: WIFO-Dezemberschätzung

^{b)} Neigung der Trendlinie bei linearer Regression = jahresdurchschnittliche Veränderung der Arbeitslosenrate

Prima facie scheint dieser erste Grobbefund die Klischeevorstellung vom Stabilitätsvorrang nichtsozialistischer und vom Vollbeschäftigungsvorrang sozialistischer Wirtschaftspolitik zu bestätigen: *die Inflationsrate war vor dem Regierungswechsel um fast die Hälfte niedriger, die Arbeitslosenrate um die Hälfte höher* (wenn auch schon in der Periode 1960 bis 1969 innerhalb der seit Beveridge tradierten Vollbeschäftigungsgrenze und mit sogar deutlicher als 1970 bis 1979 sinkendem Trend).

Evident ist jedoch, daß dieser Grobbefund angesichts des völlig veränderten internationalen Umfeldes wenig Aussagekraft hat. Daher soll als zweite Etappe die Entwicklung in Österreich mit der außerhalb Österreichs konfrontiert werden, allerdings in Hinblick auf die Daten-

lage („Internationale Übersichten“ im jeweiligen „Wirtschafts- und sozialstatistischen Handbuch“) und die weitere Datenauswertung in insofern etwas modifizierter Form, daß bei den Wachstums- und den Inflationsraten an die Stelle der zinseszinsmäßig ermittelten Veränderungsrate für die jeweilige Periode das *arithmetische Mittel der Jahresraten* tritt:

	Wachstumsraten ^{a)}			Inflationsraten ^{b)}		
	1960–69	1970–79	(Veränderung ^{d)})	1960–69	1970–79	(Veränderung ^{d)})
Österreich	4,91	4,33	(–0,58)	3,35	6,10	(+2,75)
OECD-Europa ^{c)}	4,98	3,20	(–1,78)	3,50	9,74	(+6,24)
OECD-Welt ^{c)}	5,31	3,32	(–1,99)	3,04	8,48	(+5,44)
Differenz ^{d)}						
zu OECD-Europa	–0,07	+1,13		–0,15	–3,64	
OECD-Welt	–0,40	+1,01		+0,31	–2,38	

a) Österreich ab 1964 Brutto-Inlandprodukt, sonst Brutto-Nationalprodukt

b) Steigerungsraten des Verbraucherpreisindex

c) Durchschnitte für 1960 und 1961 aus Landesdaten errechnet

d) in Prozentpunkten

Sofern dem Vergleich mit internationalen Durchschnitten, die jeweils das ungewogene Mittel aus den nationalen Daten so verschieden gewichtiger Staaten wie die USA und Island sind, überhaupt genügend Aussagekraft beigemessen werden kann, zeigt diese Gegenüberstellung eine bemerkenswerte *Kontinuität der Entwicklung in Österreich: Sowohl die Wachstumsverlangsamung wie die Inflationsbeschleunigung war in Österreich signifikant geringer als im internationalen Durchschnitt* (siehe jeweils die Spalte 3).

Dementsprechend stärker ist Österreich in der Dekade 1970 bis 1979 vom OECD-Durchschnitt abgewichen (Zeile 4 und 5): im Wachstumstempo um gut einen (Plus-)Prozentpunkt, im Inflationstempo sogar um 2¼ bzw. 3½ (Minus-)Prozentpunkte. Selbst wenn füglich in Rechnung zu stellen ist, daß in den sechziger Jahren das Wirtschaftswachstum durch Außeneinflüsse gebremst war – EG-Diskriminierung –, läßt die relativ kontinuierliche Entwicklung in Österreich auch in der schwierigeren weltwirtschaftlichen Konstellation der siebziger Jahre *auf eine verstärkte Ausnützung des Spielraumes der Wirtschaftspolitik schließen*.

Womit kein Werturteil ausgedrückt werden soll: In den sechziger Jahren hatte bei einem 5%igen Wachstumstrend sowohl im gesamten wie im europäischen OECD-Raum und einer bloß durchschnittlich 3- bzw. 3½%igen internationalen Inflationsrate für die österreichische Wirtschaftspolitik keine zwingende Notwendigkeit bestanden, nach einem Ausscheren aus dem „Geleitzug“ der westlichen Industriestaaten zu streben. Allerdings erscheint eine 3½%ige europäische und 3%ige Gesamt-OECD-Inflationsrate nur im Rückblick beruhigend niedrig. In damaliger Sicht lag im *internationalen Trend zur Inflationsbeschleunigung* die vordringlichste Gefährdung des „Magischen Polygons“ der

Wirtschaftsziele, und in der Tat hat der Kampf gegen die „importierte Inflation“ früher eingesetzt, als der obige schematische Periodenvergleich vermuten läßt: Der Dekadendurchschnitt verdeckt nämlich den *Trendverlauf-Unterschied*, der in den sechziger Jahren zwar nicht so ausgeprägt wie in den siebziger Jahren, aber immerhin schon damals statistisch signifikant war: durchschnittliche Inflationsbeschleunigung in Österreich knapp 0,02 Prozentpunkte p. a., in der Gesamt-OECD 0,26 Prozentpunkte.

Die Ergänzung des Dekadendurchschnitts mit dem Trendverlauf ist der eine Diagnosevorteil, den der Ersatz der mathematisch korrekt ermittelten Wachstumsrate für jeweils das ganze Dezennium durch das arithmetische Mittel der Jahresraten bietet; der zweite Diagnosevorteil liegt in der Möglichkeit, mit Hilfe eines statistischen Streuungsmaßes – hier der Einfachheit halber der Standardabweichung – ein erstes Indiz für den „Bedarf“ an Konjunkturpolitik zu gewinnen. Die Ergänzung des oben angestellten Dekadenvergleiches Österreich – OECD liefert folgendes Bild:

		Österreich	OECD-Europa	OECD-Welt
Wachstumsraten:				
Durchschnitt	1960–69	4,91	4,98	5,31
	1970–79	4,33	3,20	3,32
Trend ^{a)}	1960–69	–0,133	–0,073	–0,087
	1970–79	–0,368	–0,236	–0,072
Streuung ^{b)}	1960–69	1,797	0,985	0,748
	1970–79	2,580	1,913	2,142
Inflationsraten:				
Durchschnitt	1960–69	3,35	3,50	3,04
	1970–79	6,10	9,74	8,48
Trend ^{a)}	1960–69	+0,018	+0,156	+0,256
	1970–79	–0,121	+0,720	+0,516
Streuung ^{b)}	1960–69	0,984	0,698	0,872
	1970–79	2,049	2,882	2,864

^{a)} lineare Regression; die Neigung der Regressionsgeraden gibt an, um wie viele Prozentpunkte die Wachstums- bzw. die Inflationsrate im Jahresmittel gestiegen (gesunken) ist.

^{b)} Standardabweichung vom arithmetischen Mittel der Jahreswerte

Die konjunkturpolitisch relevante Aussage der Varianzanalyse ist einerseits banal – sowohl im gesamten OECD-Raum und in OECD-Europa wie auch in Österreich war das Wachstum in den siebziger Jahren weniger stetig als in den sechziger Jahren, es gab also viel *stärkere konjunkturelle Ausschläge* –, andererseits aber überraschend:

Sowohl 1960 bis 1969 wie 1970 bis 1979 schwankte das jährliche Wachstumstempo im Österreich merklich stärker als im internationalen Durchschnitt. Selbst wenn sich hierfür auch statistische Gründe ins Treffen führen ließen – bei den Vergleichswerten für die OECD

verdeckt die Bildung eines Mittelwertes nationale Sonderentwicklungen, die genauso ausgeprägt sein können wie im Falle Österreichs –, bleibt ein Restverdacht auf „hausgemachte“ Konjunkturschwankungen – in beiden Perioden! – übrig, denn ceteris paribus müßte die (insgesamt weniger stark schwankende) Auslandnachfrage die Konjunkturausschläge in Österreich eher gedämpft haben.

In diesen Vergleich zwischen Österreich und der OECD ist die Arbeitslosenrate aus zwei Gründen nicht mit einbezogen worden: Erstens verzichtet das „Wirtschafts- und sozialstatistische Handbuch“ mit gutem Grund auf die Aggregation von Arbeitslosenraten, die von Land zu Land verschieden ermittelt werden, und zweitens wäre in diesem Fall die bisher angewandte „politische“ Periodisierung irreführend, weil international der Knick in der Entwicklung erst 1974 eingetreten ist. Unter Vsrzicht auf die Möglichkeit, exakt zwischen der Beschäftigungspolitik vor und jener seit dem Regierungswechsel im Jahre 1970 zu trennen, soll daher für Österreich und einige ausgewählte Vergleichsländer die Entwicklung der Arbeitslosenrate in den Jahren 1974 bis 1979 jener in der vorangegangenen Sechsjahresperiode 1968 bis 1973 gegenübergestellt werden:

		Öster- reich	BRD	Groß- britannien	Schweden	USA
Arbeitslosenrate						
Durchschnitt	1968–73	2,28	1,05	3,02	2,18	4,73
	1974–79	1,90	4,08	5,15	1,88	6,77
(Veränderung ^{a)})		(– 0,38)	(+ 3,03)	(+ 2,13)	(– 0,30)	(+ 2,04)
Trend	1968–73	–0,271	–0,037	+0,191	+0,169	+0,349
	1974–79	+0,074	+0,134	+0,643	+0,071	–0,206
Streuung	1968–73	0,512	0,327	0,671	0,512	0,997
	1974–79	0,219	0,794	1,461	0,256	1,167

^{a)} in Prozentpunkten

Obwohl diese Periodisierung für Österreich nicht ganz paßt – der Tiefpunkt der Arbeitslosenrate wurde hier erst 1974 erreicht –, macht der Vergleich zweierlei deutlich:

Erstens die *Eigenständigkeit des österreichischen Weges* in und nach der Rezession 1974/75; auffallend ist allerdings, daß *Schweden* eine nahezu identische beschäftigungspolitische Leistung (Verminderung der durchschnittlichen Arbeitslosenrate um 0,30 gegenüber 0,38 Prozentpunkten, gleich minimale Schwankung, fast identisch geringer Steigerungstrend um 0,07 Prozentpunkte p. a.) mit einer in wesentlichen Dingen *völlig anderen Wirtschaftspolitik* erzielt hat (mehrfache Abwertung der Schwedenkrone, Subventionierung der Lageraufstockung, öffentliche Beschäftigungsprogramme großen Stils).

Zweitens aber bestätigt dieser Vergleich die einleitend aufgestellte These, daß die Affinität der Wirtschaftspolitik zu einer bestimmten *nationalökonomischen Lehrmeinung* stärker ins Gewicht fallen dürfte

als die Farbe der dominierenden Partei: Die beschäftigungspolitische „performance“ der keynesianisch orientierten Länder Österreich und Schweden ist nahezu identisch, unterscheidet sich aber deutlich von dem Arbeitsmarktergebnis der ebenfalls unter sozialistischer Führung stehenden BRD, die ihrerseits hinsichtlich des kräftigen Anstieges der Arbeitslosenrate größere Ähnlichkeit mit den ebenfalls neoklassisch-monetaristisch orientierten Vereinigten Staaten aufweist. (Großbritannien schließlich steht hier als Beispiel für ein Land, das im größten Teil des Untersuchungszeitraumes aus Zahlungsbilanzgründen nur wenige – sei es politische, sei es „öko-ideologische“ – Optionen gehabt hat.)

III.

Soviel zur verbalen (Abschnitt I) und statistischen (Abschnitt II) Relativierung der Frage nach dem speziell Sozialistischen an der Konjunktur- und der Stabilitätspolitik der siebziger Jahre.

Wer mag, kann den politischen Stempel in der hohen Priorität erkennen, die in und seit der Weltrezession 1974/75 – mit sichtbarem Erfolg – der *Erhaltung der Vollbeschäftigung* eingeräumt worden ist (auch wenn ein Teil dieses Erfolges – in der Größenordnung von fast zwei Prozentpunkten an Arbeitslosenrate – mit dem nicht eben betont sozialistischen Mittel des Heimsendens von per Saldo 55.800 Gastarbeitern in Länder mit höherer Arbeitslosigkeit erzielt wurde).

Schon weit schwerer dürfte es jedoch fallen, die Punze des eindeutig Sozialistischen auch dem Weg aufzuprägen, auf dem dieses Vollbeschäftigungsziel zu verwirklichen getrachtet wurde. Allerdings fiel es nicht minder schwer, diesen *besonderen österreichischen Weg* auf der üblichen Skala zwischen keynesianischem Nachfragemanagement und neoklassischer Angebotspolitik unterzubringen.

Nun muß der Objektivität halber sicher notiert werden, daß die Bereitschaft Österreichs, in der Wirtschaftspolitik unkonventionelle Wege einzuschlagen, eine lange Tradition hat: So etwa schlug der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen schon um die Mitte der sechziger Jahre zur Inflationsbekämpfung völlig unorthodox eine Senkung des Zinsniveaus vor, weil im Wege von zinsinduzierten Kapitalimporten die Zentralbankgeldmenge aufgebläht und damit die inländische Kreditbasis vergrößert worden war, und der in der politisch heiklen Situation nach dem Amtsantritt der ÖVP-Alleinregierung an der Jahreswende 1966/67 entrierte „Big Bargain“ zwischen den Sozial- und Wirtschaftspartnern, dem Finanzminister und der Notenbank – viele Monate vor dem Start der „Konzertierten Aktion“ in der BRD durchaus autochthon arrangiert – lief de facto auf die erstmalige offizielle Anerkennung der *Kosteninflation* als eines Inflationstyps sui generis hinaus, bei dem die Anwendung des herkömmlichen restriktiven Instrumentariums den Preisauftrieb eher beschleunigen als bremsen würde.

Für den – insbesondere bei drohender „Stagflation“ wie 1967 und dann verstärkt 1975 jedenfalls begründeten – Verdacht auf den „cost-

push“-Charakter von Inflationsvorgängen liefert weder das neoklassische noch das keynesianische Kreislaufmodell einen Anhaltspunkt; beide Denkweisen bieten nur für die Interpretation des Preisauftriebes als *Nachfrageinflation* Platz, induziert entweder durch eine nicht genügend restriktive Geldpolitik (neoklassisch-monetaristischer Ansatz) oder durch eine nicht genügend kompensatorische Fiskalpolitik (keynesianischer Ansatz).

Die Eigenständigkeit des österreichischen Weges, eingeschlagen mit der nicht mehr streng keynesianischen, weil in der 1967 drohenden Stagflation die Rezessionsbekämpfung mittels expansiver Budget- und Geldpolitik mit einer Inflationsbekämpfung mittels restriktiver *Einkommenpolitik* verbindenden unkonventionellen Konjunkturpolitik eines (anfänglich widerstrebenden) Finanzministers Wolfgang Schmitz und in stark modifizierter, weil auch die *Wechselkurspolitik* mit einbeziehender Form mit der komplexen Konjunktur- und Stabilitätspolitik der sozialistischen Bundesregierung (und insbesondere, da phasenweise im Alleingang, des jetzigen Finanzministers): diese Eigenständigkeit des österreichischen Weges wäre allerdings kaum denkbar ohne das spezifisch österreichische System der *Sozialpartnerschaft*, das seine institutionellen Wurzeln in der ständischen Tradition und seine funktionellen und auch personellen Wurzeln in der besonders prekären Situation Österreichs nach 1945 hat.

Hinsichtlich des Spielraumes für eine radikale Änderung der Wirtschaftspolitik nach dem Regierungswechsel im Jahre 1970 oder der Erringung der absoluten Mehrheit im Jahre 1971 – wobei dahingestellt bleiben möge, ob eine solche radikale Änderung der Wirtschaftspolitik überhaupt intendiert gewesen wäre – war diese bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten etablierte sozialpartnerschaftliche Tradition sicher ein Handikap (insbesondere bei der Verwirklichung verteilungspolitischer Vorstellungen, was aber nicht Gegenstand dieser Untersuchung ist).

Auf der anderen Seite bot die Existenz dieser Sozialpartnerschaft – als Voraussetzung für die Möglichkeit, die *Einkommenpolitik* in die Konjunktur- und Stabilitätspolitik einzubinden – der sozialistischen Regierung die Chance, mit dem Ziele (und bisweilen unter dem Vorwand), die Vollbeschäftigung zu erhalten, eine sehr aktive *Globalsteuerung* zu betreiben und damit dem Sinne, wenn auch nicht der Methode nach Keynesianismus zu praktizieren.

Nicht keynesianisch an der Methode der Wirtschaftspolitik in der sozialistischen Dekade ist insbesondere der bewußte Einsatz der *Wechselkurspolitik* zur Absicherung einer Einkommenpolitik, der wieder die Aufgabe oblag und obliegt, der seit 1974/75 ständig expansiven Budget- und der zeitweilig expansiven Geldpolitik zu einem möglichst hohen realen (Wachstums- und Beschäftigungs-)Effekt zu verhelfen.

Hier, bei der Wechselkurspolitik, ist auch der Unterschied am auffälligsten zu den siebzehn vorangegangenen Jahren seit der Schillingabwertung im Mai 1953:

Nicht etwa, daß es irgendeine positive Korrelation zwischen Hartwäh-

rungspolitik und sozialistischer Ideologie gäbe (es sei denn die sehr vage, daß Hartwährungspolitik importverbilligend, wettbewerbsverschärfend und damit verbraucherfreundlich ist), doch fällt es – wie der Rückblick auf den vergeblichen Versuch des damaligen Finanzministers Stephan Koren zeigt, im Oktober 1969 die DM-Aufwertung mitzumachen – einer sozialistischen Regierung offensichtlich leichter, sich über den Protest der Unternehmervertretungen hinwegzusetzen.

Allerdings holte die sozialistische (damals noch Minderheits-)Regierung die im Oktober 1969 unterlassene Schillingaufwertung nicht autonom nach, sondern wartete mit der Wechselkurskorrektur bis zur nächsten DM-Aufwertung zu – ein Indiz dafür, daß sich der später sehr ambitionierte Einsatz der Hartwährungspolitik pragmatisch ergeben hat und wohl nicht als eine ideologisch bestimmte Strategie zur Profiterosion interpretiert werden darf.

Auch international korreliert die Wechselkursentwicklung seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems keineswegs mit den politischen Mehrheitsverhältnissen in den betreffenden Ländern, wie das Ausmaß der effektiven Auf- bzw. Abwertung von Mai 1970 bis November 1979 zeigt (gemessen am MERM-Index des Internationalen Währungsfonds):

Schweiz	+112,3%
BRD	+ 66,6%
Österreich	+ 62,8%
Japan	+ 32,1%
Niederlande	+ 27,0%
Belgien	+ 17,8%
Dänemark	+ 9,8%
Norwegen	+ 8,2%
Frankreich	+ 2,0%
Schweden	+ 1,9%
Kanada	– 15,4%
USA	– 21,4%
Großbritannien	– 31,1%
Italien	– 45,5%

Die Eigenständigkeit des österreichischen Weges drückt sich jedoch gerade in einem Umstand aus, der in einer solchen Auflistung unter den Tisch fällt: *Anders als die Schweiz, die BRD und zeitweise Japan stand zumindest ab der Mitte der siebziger Jahre an Österreich weder von der Leistungs- oder der Kapitalbilanz noch von der internationalen Devisenspekulation her unter Aufwertungsdruck*; die Entwicklung des (um die Statistische Differenz) bereinigten Leistungsbilanzsaldos klassifiziert die Wechselkurspolitik als völlig unorthodox (aber deswegen weder als „sozialistisch“ – ob es eine spezifisch sozialistische Wechselkurspolitik gibt, ist füglich zu bezweifeln – noch als keynesianisch).

Die Frage ist allerdings, ob die unverkennbare *Tendenz zu einer strukturellen Passivierung der Leistungsbilanz* nicht dazu angetan ist,

den Spielraum für einen eigenständigen österreichischen Weg einzulegen, und zwar nicht bloß instrumentell (etwa was den Einsatz der Wechselkurspolitik zur Eindämmung der sich bereits abzeichnenden Inflationsbeschleunigung betrifft), sondern auch substantiell: *Die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich in der Leistungsbilanzpassivierung der etwa jährlich 1%ige Wachstumsvorsprung Österreichs gegenüber der OECD widerspiegelt.*

Träfe diese Annahme zu – und angesichts eines kumulativen Leistungsbilanzdefizits von 72,2 Milliarden S in der Dekade 1970 bis 1979 sowie insbesondere eines jahresdurchschnittlichen Passivierungstrends von 2,57 Milliarden ist das nicht völlig auszuschließen –, könnte das, was 1978 in einer Akutsituation notwendig geworden war, nämlich das Abwürgen des Wirtschaftswachstums zur Zahlungsbilanzentlastung, zur latenten Expansionsbedrohung werden, zumal da selbst ein eingebremstes Leistungsbilanzdefizit die *Zinsbilanz* kumulativ belastet (und das für den Ausgleich der Leistungsbilanz erforderliche Ausmaß der Exportsteigerung bzw. Importdrosselung immer größer werden läßt).

Unter derselben Grundannahme könnte auch von unerwarteter Seite das Konzept der *kompensatorischen Budgetpolitik* in Schwierigkeiten geraten: Nicht wegen des Anstoßens an Verschuldungsgrenzen oder weil die Steuerschraube durchzudrehen beginnt, sondern weil die durch Deficit Spending geschaffene Nachfrage eine zu hohe Importneigung zeigt (und dann die Wachstums- und Beschäftigungseffekte größtenteils im Ausland bewirkt). 1978 wurde dem mit zwar ad hoc wirksamen, aber nicht wiederholbaren Maßnahmen begegnet (Einführung eines dritten Mehrwertsteuersatzes für vorwiegend importierte Güter, nur noch limitierte Anerkennung der Betriebsausgaben für Autos), aber die Leistungsbilanzentwicklung 1979 deutet darauf hin, daß ein Gewöhnungsprozeß eingetreten ist und die Importneigung wieder zu steigen beginnt.

Die Konsequenzen, die sich aus einer etwaigen *strukturellen Leistungsbilanzpassivierung* für die Budgetpolitik ergeben (aber auch für die Einkommenpolitik; siehe die gegenwärtige Auseinandersetzung über die Nichtabgeltbarkeit der Energieimportverteuerung als Spezialfall jenes Realeinkommentransfers ans Ausland, auf den jeder Abbau des Leistungsbilanzpassivums hinausläuft), sind allerdings eher *wachstumspolitischer* Natur. *Konjunkturpolitisch* relevanter ist, solange die Grenzen für die Aufnahme von nicht-„konditionierten“ Krediten (warrendes Beispiel: Völkerbundanleihe 1922!) noch lange nicht erreicht sind, die Antwort auf die Frage nach der *budgetpolitischen* Wiederholbarkeit des 1974/75 eingeschlagenen österreichischen Weges im Falle künftiger Rezessionen.

Und nicht bloß, in Paranthese vermerkt, die Antwort auf die Frage nach der Wiederholbarkeit des *einkommen- und beschäftigungspolitischen Bravourstückes* der Wirtschafts- und Sozialpartner, ohne das ein Nettodefizit im Ausmaß von 4,72% des Brutto-Inlandprodukts einen spürbaren Anstieg der Arbeitslosigkeit möglicherweise ebensowenig

verhindert hätte wie das sogar 4,5%ige Nettodefizit der EG-Staaten im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1979: Würden auch ein zweites Mal in einem Jahr, in dem die industrielle Produktion um 7,3% sinkt, die Durchschnittsverdienste in der Industrie um nominell 13,5% und real 4,7% steigen können, ohne daß weit mehr als bloß 5,1% der Industriebeschäftigten freigesetzt werden? Das gilt auch vice versa: Ob die Gewerkschaften ein zweites Mal bereit wären, fünf Jahre lang Lohnrunde für Lohnrunde die 16,2%ige „Hypothek“ abzutragen, die in einem einzigen Rezessionsjahr mit einer expansiven Lohnpolitik den Lohnstückkosten aufgebürdet wurde?

Die Besinnung auf die Rolle, die in der ersten kräftigen Rezession die *expansive Lohnpolitik* (auch wenn sie eher „passiert“ ist als intendiert war) und die unorthodoxe (Nicht-)Reaktion der Unternehmungen auf den sprunghaften Anstieg der Lohnstückkosten gespielt haben, ist schon deshalb notwendig, weil im – nicht bloß auf die Regierungspartei beschränkten – Selbstverständnis Österreichs das damalige entschlossene Deficit Spending eine singuläre Aktion war.

Das stimmt jedoch weder historisch – bereits in der weitaus mildereren Rezession 1958 war das Nettodefizit sogar stärker (um 3,35 Prozentpunkte des Brutto-Nationalprodukts) ausgeweitet worden als 1974/75 (um 3,18 BIP-Prozentpunkte) –, noch war in der weltweiten Rezession 1974/75 das Vorgehen Österreichs ein Einzelfall, wie die Vergleichsdaten für die EG-Länder¹ zeigen:

Nettodefizit in % des Brutto-Inlandprodukts

	1973	1975	Veränderung in Prozentpunkten
Irland	6,31	13,58	+7,27
Großbritannien	3,22	8,12	+4,90
Frankreich	-0,67 ^{a)}	2,96	+3,63
Italien	9,65	13,18	+3,53
Niederlande	-0,28 ^{a)}	3,01	+3,29
Österreich	1,34	4,52	+3,18
BRD	0,31	3,30	+2,99
Belgien	2,87	4,73	+1,86

^{a)} Nettoüberschuß

Weder die Höhe des Nettodefizits, das 1975 teils eingeplant, teils in Kauf genommen wurde (die Einnahmen blieben um 8,6 Milliarden S hinter dem Voranschlag zurück), noch der – konjunkturpolitisch relevantere – Anstieg dieses Nettodefizits waren in Österreich signifikant größer als in der Mehrzahl der EG-Länder. Wenn dennoch der *Anstieg der Arbeitslosenrate merklich geringer* war – 1973/75: +0,4 Prozentpunkte gegen +1,5 in Großbritannien, +2,2 in Frankreich, +2,5 in den

¹ ohne Dänemark, über das der Internationale Währungsfonds seit 1973 keine Budgetdaten mehr publiziert

Niederlanden, +3,1 in Belgien, +3,5 in der BRD und +4,9 in Dänemark² –, bedarf dieser Effizienzunterschied der Budgetpolitik einer gesonderten Erklärung, die wahrscheinlich nicht bloß im besseren „Timing“ liegt (obwohl sich auch hier bestätigt hat, daß Vorbeugen besser als Heilen ist: wo immer erst ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit die Regierung zum budgetpolitischen Gegensteuern veranlaßte, erwies sich die Anpassung des Beschäftigtenstandes an eine bloß vorübergehend verminderte Produktnachfrage als mittelfristig irreversibel).

Der Schlüssel zur Erklärung dieses Paradoxons dürfte darin liegen, daß – nicht zuletzt als Ergebnis der jahrzehntealten sozialpartnerschaftlichen Tradition – die rasche Anpassung der Beschäftigung an die Produktion unüblich geworden ist, und dies nicht bloß in verstaatlichten Unternehmen, zu deren gemeinwirtschaftlichen Auflagen auch die höchstmögliche Arbeitsplatzsicherheit zählt. Hinzugekommen sind dann noch im konkreten Fall der Rezession 1974/75 der zurückgestaute Arbeitskräftebedarf des Dienstleistungssektors (unter Einschluß der öffentlichen Verwaltung) sowie – im Vergleich zu der Mehrzahl der EG-Staaten – der größere „Polster“ an ausländischen Arbeitskräften, deren Zahl von 1973 bis 1975 um über 41.000 (=1,6% des Arbeitskräftepotentials 1973) vermindert wurde.

IV.

Ist zwar nicht der Einsatz, wohl aber der beschäftigungspolitische Erfolg keynesianischer Budgetpolitik in der Rezession 1974/75 eine Besonderheit des „österreichischen Weges“ (ohne daß ihn der keynesianische „approach“ allein als einen sozialistischen klassifizieren würde, siehe den Einsatz des Deficit Spending 1958 unter Kamitz und 1967 unter Schmitz), so ist es an sich keineswegs eine Besonderheit der sozialistischen Budgetpolitik nach 1975, daß der Abbau des Nettodefizits nur sehr langsam vorankommt: Selbst dem – ökonomisch richtigen, aber politisch selbstmörderischen – „Paukenschlag“ Korens war 1969 nur eine Verringerung des Nettodefizits um 0,6 BIP-Prozentpunkte (inklusive des noch von Koren erstellten Budgets 1970 waren es 0,8 Prozentpunkte) gelungen, und auch international bestätigt sich die Erfahrung, daß der Defizitabbau im Aufschwung der weitaus bitterere Teil der keynesianischen Medizin ist.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wurden allerdings die anhaltend hohen Nettodefizite – ein spürbarer Defizitabbau unterblieb auch in den Aufschwungjahren 1976 (Wachstumsrate 6,2%) und 1979 (Wachstumsrate voraussichtlich mehr als 5%) – als „kompensatorische Budgetpolitik“ rationalisiert. Zwar ist auch das Konzept einer kompensatorischen Budgetpolitik nichts spezifisch Sozialistisches – eher ist der „öko-ideologische“ Ursprung bei der These von der säkularen Stagna-

² Italien verzeichnete einen Rückgang um 0,2 Prozentpunkte, allerdings nach einer Berechnungsmethode, deren Änderung 1977 die Arbeitslosenrate von 3,7 auf 7,1% hinaufschnellen ließ.

tionstendenz bei sinkender Profitrate zu suchen –, doch müßte es gerade aus sozialistischer Sicht ernste Einwände gegen die *verteilungs- politischen Konsequenzen der rasch wachsenden Staatsverschuldung* (als unausweichliche Folge des „permanent deficit spending“ bei tendenziell verlangsamtem Wachstum) geben, weil der wachsende Anteil der Zinsen an den Staatsausgaben eine in sozialistischer Sicht negative Einkommenumverteilung bewirkt.

Die Bemühungen der Regierung, das Nettodefizit abzubauen und einen budgetären Spielraum zu schaffen für den Ausgabenstoß, der sich in einer künftigen Rezession als unerlässlich erweisen könnte, damit das Vollbeschäftigungsziel auch in den demographisch schwierigeren achtziger Jahren erreicht werden kann; diese Bemühungen der Regierung entziehen sich, weil bis zum Ende des hier zu untersuchenden Jahrzehnts weitestgehend fruchtlos geblieben, einer Beurteilung im Rahmen dieses Rückblicks auf einen Weg, der konjunktur- und stabilitäts- politisch österreich-spezifisch, aber nicht auffallend rot markiert gewesen ist.